

Venezuela ermittelt gegen Oppositionsführer wegen Hochverrat

Venezuelas Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Oppositionsführerin Maria Corina Machado wegen Hochverrats, nachdem sie einen US-Gesetzentwurf unterstützte, der Geschäfte mit dem Maduro-Regime blockiert.

Die venezolanischen Behörden ermitteln gegen die Oppositionsführerin Maria Corina Machado wegen angeblicher Landesverrat, nachdem sie ihre Unterstützung für einen bipartisanen US-Gesetzentwurf ausgesprochen hat. Dieser Gesetzentwurf hat zum Ziel, Washington daran zu hindern, Geschäfte mit sämtlichen Unternehmen zu tätigen, die kommerzielle Verbindungen zur Regierung des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro haben.

Ermittlungen gegen Machado

In einer Erklärung teilte die Staatsanwaltschaft Venezuelas mit, dass Machados Unterstützung als „schreckliches Verbrechen gegen das venezolanische Volk“ angesehen wird. Zudem wird sie wegen Verschwörung mit ausländischen Staaten und der Beihilfe zu einem Verbrechen untersucht.

Opposition und Wahlbetrug

Maria Corina Machado gehört zu den wichtigsten Oppositionsführern im Land. Sie wurde jedoch von der Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen im Juli ausgeschlossen, die von schweren Vorwürfen des Wahlbetrugs

begleitet waren. Unter anderem wurden Oppositionelle verhaftet, Opposition-Witnesses der Zugang zur zentralen Stimmenauszählung verwehrt und viele im Ausland lebende Venezolaner konnten nicht wählen.

US-Gesetzentwurf für Venezuela

Der US-Gesetzentwurf, der von den Abgeordneten Mike Waltz (Republikaner) und Debbie Wasserman Schultz (Demokratin) aus Florida eingebracht wurde, wurde am Montag vom Repräsentantenhaus verabschiedet. Waltz, den der designierte Präsident **Donald Trump** als nationalen Sicherheitsberater vorgeschlagen hat, erklärte am Mittwoch auf X, dass Machado „ein Lichtblick für die Venezolaner bleibt, die Maduro und seinen sozialistischen Autoritarismus abgelehnt haben“, während er den Gesetzentwurf bekannt gab.

Reaktionen auf den Gesetzentwurf

„Ich bin stolz darauf, dass das Repräsentantenhaus mein Gesetz, den BOLIVAR Act, verabschiedet hat, um zu verhindern, dass die Bundesregierung mit jemandem Geschäfte macht, der kommerzielle Verbindungen zum Regime von Maduro hat“, schrieb Waltz.

Machado, die sich im Versteck aufhält, dankte Waltz und dem Repräsentantenhaus später für die Genehmigung der Initiative: „Es ist ein wichtiger Schritt, um das Maduro-Regime zur Rechenschaft zu ziehen“, erklärte sie am Mittwoch auf X.

Kritik von Maduro

Bei einer Fernsehansprache am Mittwoch kritisierte Maduro den Gesetzentwurf und erklärte, dass die Aktionen der Opposition gegen ihn nicht erfolgreich sein werden.

Politische Krise und Reaktionen

Venezuela befindet sich nach den umstrittenen Wahlen in einer tiefen Krise. Die Wahlbehörde des Landes, die mit Maduro-Verbündeten besetzt ist, hatte ihn mit 51 % der Stimmen als Sieger erklärt, obwohl der Herausforderer Edmundo Gonzalez ebenfalls kandidierte. Bis heute haben die Wahl- und Justizbehörden Venezuelas jedoch keine detaillierten Wahlergebnisse und -unterlagen vorgelegt, die seine Siegesserie untermauern, was im In- und Ausland zu Empörung und Besorgnis führt.

Mehrere Länder, darunter die USA, haben Gonzalez nach den umstrittenen Wahlen formell als gewählten Präsidenten des Landes anerkannt.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at